

**Deutscher Bundestag**

Ausschuss für Menschenrechte  
und humanitäre Hilfe

Ausschussdrucksache  
19(17)154.2



INTERNATIONALE MENSCHENRECHTSORGANISATION  
FÜR DAS RECHT SICH ZU ERNÄHREN

FIAN Deutschland e.V.  
Gottesweg 104  
50939 Köln  
Tel. 02 21 / 47 44 91-10  
Fax 02 21 / 47 44 91-11  
[www.fian.de](http://www.fian.de) [info@fian.de](mailto:info@fian.de)  
[g.falk@fian.de](mailto:g.falk@fian.de)

**Stellungnahme von Gertrud Falk, FIAN Deutschland, zur 84. Sitzung des  
Bundestags-Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zum  
Thema « Menschenrechte und Klimakrise » am 19. Mai 2021**

**Beantwortung der Fragen zu den Themen « Klimawandel und Wasser » sowie  
« Klimabedingte Migration »**

Köln, 11.05.2021

**4a. In welchem Zusammenhang stehen Wassermangel und Klimawandel?**

Dazu zunächst einige grundlegende Fakten zu den Auswirkungen des Klimawandels auf das Ökosystem Wasser:

1. Gletscher speichern über die Hälfte der weltweiten Trinkwasserressourcen. Sie schmelzen aufgrund der globalen Temperaturerhöhung.
2. Durch den anthropogenen Klimawandel verringert sich die Menge der Niederschläge. Die Qualität des Süßwassers verschlechtert sich, auch wenn die Folgen der Klimaveränderungen regional sehr unterschiedlich ausfallen. Einige Regionen werden trockener, in anderen treten Starkregen und Überflutungen häufiger auf.<sup>1</sup> Große Wassermengen können vor allem von trockenen Böden nur begrenzt aufgenommen werden und fließen daher zum großen Teil über Flüsse ins Meer. Regionale Unterschiede werden auch in Deutschland beobachtet.<sup>2</sup>
3. Drei Viertel aller Naturkatastrophen der letzten 20 Jahre hatten einen deutlichen Bezug zu Wasser, wie Überflutungen, Extremwetterereignisse, Erdbeben und Dürren. Zwischen den Jahren 2001 und 2018 sind geschätzte 166.000 Menschen an den Folgen von Überflutungen und Dürren gestorben. Weitere drei Milliarden Menschen waren davon in anderer Weise betroffen.<sup>3 4</sup>

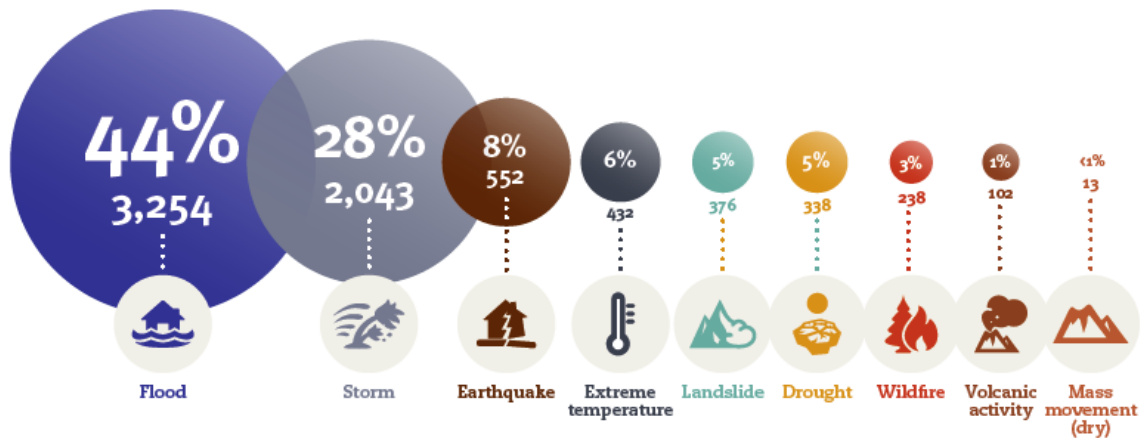
<sup>1</sup> UNESCO 2020: UN World Water Development Report 2020: Water and Climate Change  
<https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000372876.locale=en>

<sup>2</sup> Siehe. z.B. den Dürremonitor des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung,  
<https://www.ufz.de/index.php?de=37937>

<sup>3</sup> Human Rights Council, 19 January 2021: Human rights and the global water crisis: water pollution, water scarcity and the water-related disasters, Report of the Special Rapporteur on the issue of human rights obligations relating to the enjoyment of a safe, clean, healthy and sustainable environment, A/HRC/46/28

<sup>4</sup> Die Zahl der Betroffenen von menschlich verursachte Katastrophen wie Dammbrochen kommen zu diesen Zahlen hinzu.

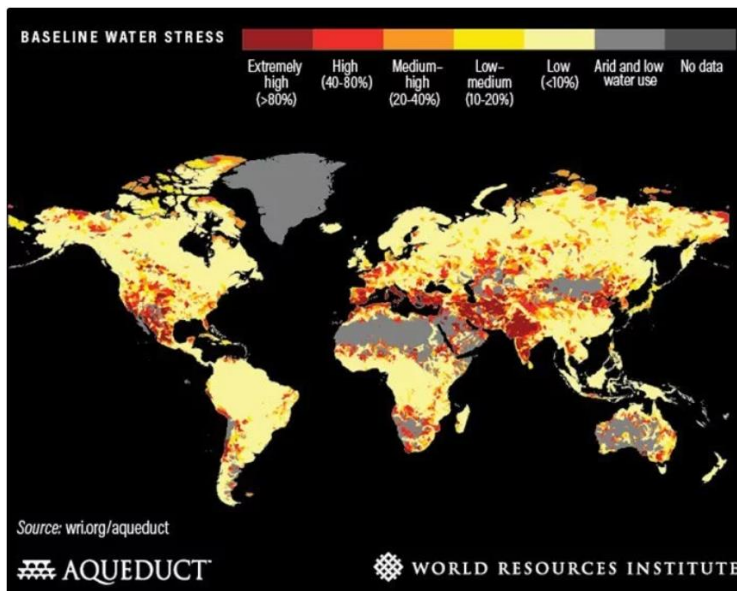
Percentage of occurrences of disasters by disaster type (2000-2019)



Quelle: CRED/UNDRR 2020<sup>5</sup>

Grafik: Anteil der Naturkatastrophen nach Typ, 2000 – 2019.

Konkret sind wir also mit einem zunehmenden **Mangel an Süßwasser** konfrontiert. Die Reduzierung der Süßwasserressourcen bezieht sich sowohl auf Grundwasser als auch auf Oberflächengewässer. Werden regelmäßig 20-25 Prozent<sup>6</sup> oder mehr des erneuerbaren Süßwasserdargebots eines Landes/einer Region entnommen, kann sich die Wassermenge auf natürlichem Weg nicht vollständig wieder auffüllen. Dies wird als **Wasserstress** bezeichnet. Inzwischen ist jeder Kontinent von Wasserstress betroffen, am stärksten die Regionen Nahost und Nordafrika sowie Zentralasien.<sup>7</sup>



Grafik: Ausmaß von Wasserstress weltweit

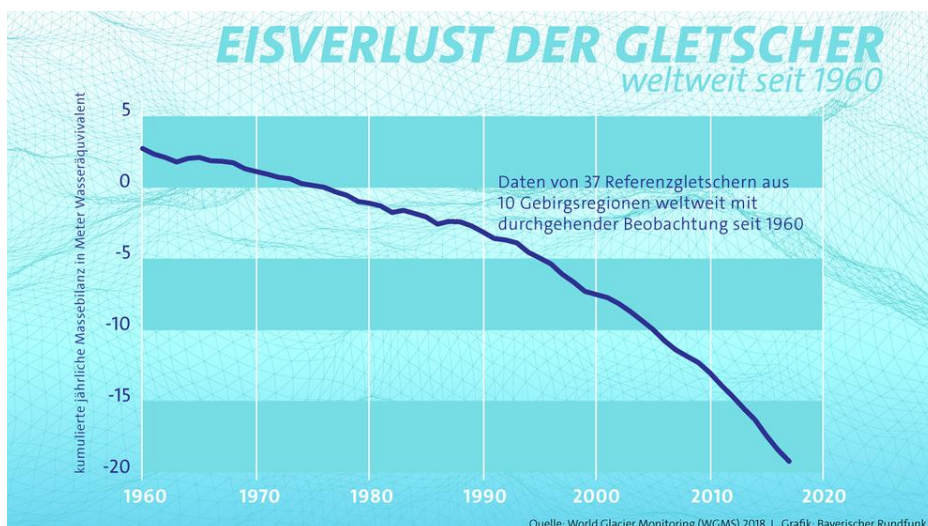
<sup>5</sup> CRED/UNDRR 2020: The Human cost of disasters. An overview of the last 20 years 2000-2019, Brüssel/Genf.

<sup>6</sup> In der wissenschaftlichen Literatur schwanken die Prozent-Angaben zum Beginn von Wasserstress zwischen den Werten 20 und 25 Prozent. Meistens wird die Schwelle von 20 Prozent genannt.

<sup>7</sup> UN Water 2021, <https://www.unwater.org/water-facts/scarcity/>

Der Klimawandel verstärkt meist bereits bestehenden, durch Übernutzung durch Industrie, industrielle Landwirtschaft<sup>8</sup> oder Massentourismus<sup>9</sup> verursachten Wasserstress<sup>10</sup> **direkt** durch die unmittelbaren Auswirkungen der Erderwärmung auf die Süßwasserressourcen und **indirekt** durch Übernutzung von Süßwasserressourcen durch Anpassungsmaßnahmen. **Direkt** verstärkt er ihn durch:

- Verringerte Niederschläge und erhöhte Verdunstung in vielen Regionen der Welt; dadurch werden Grundwasser und Oberflächengewässer nicht ausreichend mit Wasser aufgefüllt.
- Aufgrund der zunehmenden Versiegelung von Flächen (in Deutschland täglich rund 60 Ha<sup>11</sup>) dringt weniger Niederschlag in den Boden ein, sondern fließt in die Kanalisation oder in Oberflächengewässer.
- 89 Prozent aller Gletscher schmelzen durch den weltweiten Temperaturanstieg ab. In allen Regionen haben Gletscher an Eismasse verloren, zwischen 2003 und 2009 jährlich 259 Gigatonnen.<sup>12</sup> Dadurch leeren sich die langfristigen Trinkwasserspeicher der Erde.<sup>13</sup> Forscher\*innen befürchten beispielweise durch das Abschmelzen der Himalaja-Gletscher in wenigen Jahrzehnten Wassernot in Indien und Bangladesch.<sup>14</sup> Außerdem trägt die Gletscherschmelze zu 30 Prozent zum Anstieg des Meeresspiegels bei.<sup>15</sup>



Grafik: Am Eisverlust von 37 Referenzgletschern seit 1960 lässt sich ablesen, welche Folgen die Erderwärmung für die Gletscher weltweit hat.

<sup>8</sup> Die Landwirtschaft hat einen Anteil von 70 Prozent am weltweiten Verbrauch von Süßwasser. Insbesondere ist hierfür die industrielle/intensive Landwirtschaft durch Bewässerung sowie die Verwendung von Dünger und Pestiziden verantwortlich.

<sup>9</sup> Zu Tourismus und Wasserknappheit, s. <https://www.2030report.de/de/bericht/1400/kapitel/6-tourismus-und-wasserknappheit>

<sup>10</sup> <https://www.scinexx.de/news/geowissen/ein-drittel-der-grundwasser-reservoire-sind-uebernutzt/>

<sup>11</sup> <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/baulobby-setzt-sich-gegen-naturschutz-durch-deutsche-umwelthilfe-kritisiert-beschlossene-aenderung/>

<sup>12</sup> <https://www.klimafakten.de/behauptungen/behauptung-die-gletscher-schmelzen-gar-nicht>

<sup>13</sup> ZDF 2021: Luxusgut Wasser, ausgestrahlt am 04.05.2021.

<sup>14</sup> Janczura, Sarah 2021: Gletscher schmelzen kaum: Forscher sind überrascht, wo der Eisschwund ausgebremst wird, <https://www.ingenieur.de/technik/fachbereiche/umwelt/gletscher-schwinden-weltweit/>

<sup>15</sup> Gardener, Alex S. u.a.2013: A Reconciled Estimate of Glacier Contributions to Sea Level Rise: 2003 to 2009. <https://science.sciencemag.org/content/340/6134/852>

- Versalzung von Grundwasser durch den Anstieg des Meeresspiegels: Der Meeresspiegel steigt aufgrund der Volumenausdehnung des Wassers infolge steigender Temperaturen sowie der Schmelze von Gletschern und Polkappen. Vor allem bei Stürmen werden flache Küstengebiete mit Meerwasser geflutet, welches dann auch ins Grundwasser eindringt. Der Weltklimarat hat seine Prognosen zum Ausmaß des Anstiegs immer wieder erhöht und zuletzt 110 cm bis zum Jahr 2100 prognostiziert.<sup>16</sup> Am stärksten gefährdet sind die Grundwasserlinsen der kleinen Inselstaaten im Pazifik und die Küstenregionen in Südostasien.<sup>17</sup>
- Verunreinigung von Grund- und Oberflächenwasser infolge von Überflutungen. Stürme und Starkregenfälle haben häufig die Schädigung von Gebäuden und Infrastruktur zur Folge, wodurch Fäkalien und giftige Substanzen in die Umwelt und damit in Gewässer und Böden gelangen.

Auch **indirekt** wird Wasserstress durch die Klimakrise verstärkt, weil viele Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen ihrerseits viel Süßwasser benötigen und die vorhandenen Reserven zusätzlich verknappen. Beispiele für so erzeugte Wasserknappheit sind:

- die Gewinnung von Lithium für die Herstellung von Akkus für Elektromobilität.<sup>18</sup> In der Atacama-Wüste im Länderdreieck Bolivien, Chile, Argentinien sind bedeutende Lithium-Vorkommen in unterirdischem, salzhaltigem Wasser enthalten. Unternehmen pumpen das Wasser an die Oberfläche in große Becken. Zur Gewinnung des Lithiumsalzes lassen Bergbauunternehmen das Wasser verdunsten. Um ein Tonne Lithiumcarbonat zu produzieren, müssen 200 – 1000 m<sup>3</sup> Sole gefördert werden.<sup>19</sup> Dadurch kommt es zur Absenkung des unterirdischen Salzwasserspiegels. Das darüber im Boden vorhandene Süßwasser läuft in die entstehenden Hohlräume, der Grundwasserspiegel senkt sich. Infolge vertrocknen Pflanzen, Tiere verenden.<sup>20</sup>
- der Anbau von Pflanzen für Agrartreibstoffe und Bioenergie. Unter der falschen (da Landnutzungsänderungen nicht einberechnet wurden) Annahme, Treibhausgas-Emissionen durch vermehrten Einsatz von Biomasse-Treibstoffen zu verringern, wurde von Deutschland seit 2007<sup>21</sup>, EU-weit seit 2009 der Einsatz von Agrartreibstoffen durch eine 10-prozentige Beimischungsquote bei Kraftstoffen verlangt (inzwischen auf 7% gedeckelt).<sup>22</sup> Da die EU-

<sup>16</sup> <https://www.klimafakten.de/meldung/neue-grafik-wie-der-ipcc-seine-schaetzung-fuer-den-anstieg-der-meeresspiegel-erhoeht>

<sup>17</sup> Human Rights Council, 19 January 2021 (s. Fußnote 5)

<sup>18</sup> Die Akkus eines E-Autos enthalten 20-50 Kg Lithium. <https://www.gfbv.de/de/zeitschriftfuervielfalt/311-digitalisierung-chancen-und-gefahren/lithiumabbau-in-suedamerika-das-neue-weiße-gold/>

<sup>19</sup> Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) 2020: Lithium – Informationen zu Nachhaltigkeit, [https://www.bgr.bund.de/DE/Gemeinsames/Produkte/Downloads/Informationen\\_Nachhaltigkeit/lithium.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.bgr.bund.de/DE/Gemeinsames/Produkte/Downloads/Informationen_Nachhaltigkeit/lithium.pdf?__blob=publicationFile&v=4)

<sup>20</sup> Götze, Susanne, 2019: Lithium-Abbau in Südamerika, Kehrseite der Energiewende, [https://www.deutschlandfunk.de/lithium-abbau-in-suedamerika-kehrseite-der-energiewende.724.de.html?dram:article\\_id=447604](https://www.deutschlandfunk.de/lithium-abbau-in-suedamerika-kehrseite-der-energiewende.724.de.html?dram:article_id=447604)

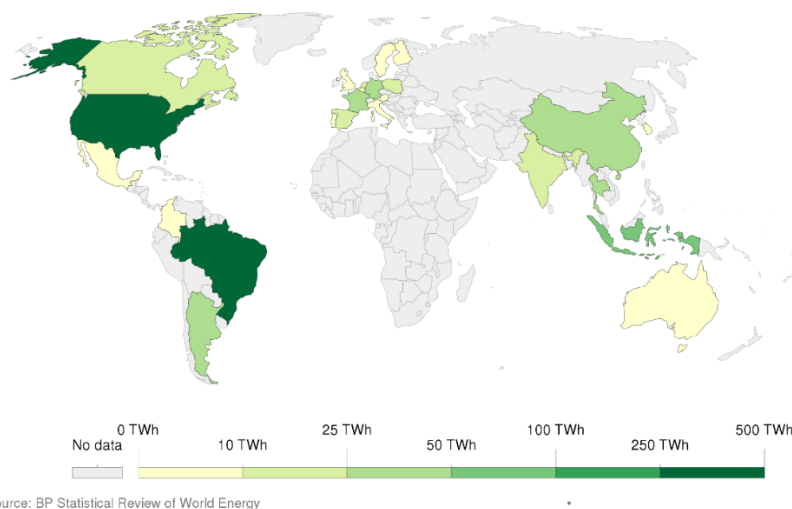
<sup>21</sup> BioKraftQuG, Artikel 3.4: Dieseldieselkraftstoff mind. 4,4%, Ottokraftstoff steigende Beimischungsquote 2007 mind. 1,2%, 2008 2,8%; zusammen ab 2015 mind. 8%, [https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger\\_BGBl&bk=Bundesanzeiger\\_BGBl&start=//\\*\[@attr\\_id=%27bgbl106s3180.pdf%27\]#\\_bgbl\\_%2F%2F\\*%5B%40attr\\_id%3D%27bgbl106s3180.pdf%27%5D1620405004771](https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&bk=Bundesanzeiger_BGBl&start=//*[@attr_id=%27bgbl106s3180.pdf%27]#_bgbl_%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl106s3180.pdf%27%5D1620405004771)

<sup>22</sup> Richtlinie 2009/28/EG

Mitglieder die festgesetzten Quoten nicht mit eigener Produktion erzielen können, haben die Förderungen weltweit einen Boom beim Anbau der geeigneten Pflanzen wie Ölpalmen, Zuckerrohr und Soja ausgelöst. Für die Anlagen neuer Plantagen wurden Wälder abgeholzt, Flüsse umgeleitet und ländliche Gemeinden von ihrem Land vertrieben. Auch das BMZ und der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WGBU) warnten vor den Nutzungskonflikten u.a. bei Wasser, die durch die Förderung von Agrartreibstoffen ausgelöst werden können.<sup>23 24</sup> In Deutschland ist seit 2015 nicht mehr die Beimischungsquote relevant, sondern die eingesparte Menge Treibhausgase.<sup>25</sup> Nach Berechnungen des IFEU-Instituts stammen 23 Prozent der 2017 in Deutschland verwendeten Agrartreibstoffe aus Palmöl von 130.000 Hektar Plantagenanbau in Indonesien und Malaysia.<sup>26</sup> Von 2006 bis 2017 ist allein die globale Produktion von Agrardiesel vom sieben Milliarden Litern auf geschätzte 37 Milliarden angestiegen, die Produktion von Ethanol von 55 auf 124 Milliarden Liter. OECD und FAO sagen bis zum Jahr 2026 weitere leichte Anstiege voraus.<sup>27</sup>

### Biofuel energy production, 2019

Total biofuel production is measured in terawatt-hours (TWh) per year. Biofuel production includes both bioethanol and biodiesel.



Quelle: <https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Biofuel-energy-production.svg>

Grafik: Globale Produktion von Agrartreibstoffen im Jahr 2019; CC BY-SA 4.0

<sup>23</sup> BMZ 2008: Entwicklungspolitische Positionierung zu Agrartreibstoffen, Diskussionspapier, BMZ Diskurs 011, [https://www.eineweltfueralle.de/uploads/tx\\_cagmaterialbrowser/Agrartreibstoffe.pdf](https://www.eineweltfueralle.de/uploads/tx_cagmaterialbrowser/Agrartreibstoffe.pdf)

<sup>24</sup> WGBU 2008: Welt im Wandel: Zukunftsfähige Bioenergie und nachhaltige Landnutzung, [https://www.wbgu.de/fileadmin/user\\_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2008/pdf/wbgu\\_jg2008\\_kurz.pdf](https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2008/pdf/wbgu_jg2008_kurz.pdf)

<sup>25</sup> Deutsches Biomasse Forschungszentrum (DBFZ) 2021: Weiterentwicklung der deutschen Treibhausgasminderungsquote, Hintergrundpapier, [https://www.dbfz.de/fileadmin/user\\_upload/Referenzen/Statements/Hintergrundpapier\\_Weiterentwicklung\\_THG-Quote.pdf](https://www.dbfz.de/fileadmin/user_upload/Referenzen/Statements/Hintergrundpapier_Weiterentwicklung_THG-Quote.pdf)

<sup>26</sup> Fehrenbach, Horst 2019: Einsatz von Biokraftstoffen im Verkehrssektor bis 2030, ifeu, Heidelberg, [https://www.ifeu.de/fileadmin/uploads/ifeu\\_Kurzstudie\\_Potenzialschaetzungen\\_fuer\\_Biokraftstoffe\\_im\\_Verkehrssektor.pdf](https://www.ifeu.de/fileadmin/uploads/ifeu_Kurzstudie_Potenzialschaetzungen_fuer_Biokraftstoffe_im_Verkehrssektor.pdf)

<sup>27</sup> Weltagrarbericht, <https://www.weltagrarbericht.de/themen-des-weltagrarberichts/agrarsprit-und-bioenergie.html>

- Staudämme zur Gewinnung erneuerbarer Energie, zum Schutz vor Überflutungen und zum Speichern von Wasser. Tatsächlich bewirken sie jedoch in der Regel das Gegenteil. Durch die größere Oberfläche von Stauseen im Vergleich zu Flüssen verdunstet mehr Wasser. Messungen der European Water Association (EWA) der künstlichen Seen und Wasserbecken in Istanbul haben beispielsweise erbracht, dass die Seen zusammen jährlich so viel Wasser verdunsten wie die Stadt in 26 Tagen benötigt.<sup>28</sup> Die erhöhte Verdunstung löst vermehrt Starkregen aus. Unterhalb von Staudämmen fließt das Wasser in der Regel schneller als im nicht gestauten Fluss und kann das Flussbett auf ein Niveau unterhalb des Grundwassers vertiefen. Dann entleeren sich die Grundwasserspeicher in den Fluss. 2012 waren 40 Prozent der erneuerbaren Wasserreserven der größten Flusseinzugsgebiete der Welt erschöpft.<sup>29</sup> Darüber hinaus verursacht das Fluten der Staubecken durch das Verrotten von Pflanzen hohe Methanausstöße. Methan ist 25mal so klimaschädlich wie Kohlendioxid. Besonders relevant ist dies in tropischen Regionen. So stößt der Balbina Damm in Brasilien zehnmal so viel Treibhausgas pro Energieeinheit aus wie ein Kohlekraftwerk.<sup>30</sup>

Gemäß dem Weltklimarat könnte die Begrenzung der durchschnittlichen globalen Erderwärmung auf 1,5°C den Anteil der Weltbevölkerung, die dem Risiko von Wasserknappheit ausgesetzt sein wird, im Vergleich zu einer Erwärmung um 2°C um bis zu 50 Prozent reduzieren. Dieses Risiko ist allerdings noch stärker abhängig von den sozio-ökonomischen Bedingungen und der geografischen Region<sup>31</sup>

**4b. Bitte erläutern Sie anhand von Beispielen hierzulande, international und grenzüberschreitend, inwiefern das Menschenrecht auf Zugang zu Wasser verletzt wird und welche politischen Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene diesen Verletzungen wirksam entgegenwirken können.**

Gemäß der international anerkannten Interpretation des Menschenrechts auf Wasser durch den Ausschuss der Vereinten Nationen für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (im folgenden UN-Sozialausschuss) müssen folgende Kriterien für die Verwirklichung dieses Rechts erfüllt sein: Es muss ohne Diskriminierung für jeden einzelnen Menschen und für jede Bevölkerungsgruppe gleichermaßen verfügbar, zugänglich, bezahlbar, gesundheitlich unbedenklich und akzeptabel sein.<sup>32</sup>

Das Menschenrecht auf Wasser wird folglich unter anderem gefährdet durch

- Wassermangel durch verringerte Niederschläge aufgrund der Klimaveränderungen,
- Verknappung von Wasser durch Eingriffe in Oberflächengewässer und Grundwasser,
- Privatisierung von Wasser, insbesondere von Trinkwasser,
- Verschmutzung von Wasser, insbesondere von Trinkwasser.

<sup>28</sup> Gökbülak, Ferhat/Özhan, Süleyman 2006: Water loss through evaporation from water surfaces of lakes and reservoirs in Turkey, E-Water, European Water Association, [https://www.ewa-online.eu/tl\\_files\\_media/content/documents\\_pdf/Publications/E-WATER/documents/40\\_2006\\_07.pdf](https://www.ewa-online.eu/tl_files_media/content/documents_pdf/Publications/E-WATER/documents/40_2006_07.pdf)

<sup>29</sup> Stahl, Samantha 2017: Dams + Climate Change = Bad News, Earth Law Center, <https://www.earthlawcenter.org/blog-entries/2017/12/dams-climate-change-bad-news>.

<sup>30</sup> International Rivers 2011: Wrong Climate for Big Dams, Destroying Rivers will Worsen Climate Crisis, [https://www.internationalrivers.org/wp-content/uploads/sites/86/2020/05/intlrivers\\_wrongclimate\\_4.pdf](https://www.internationalrivers.org/wp-content/uploads/sites/86/2020/05/intlrivers_wrongclimate_4.pdf)

<sup>31</sup> <https://www.ipcc.ch/sr15/chapter/chapter-3/>

<sup>32</sup> ICECSR 2003: General Comment No. 15, The Right to Water, E/C.12/2002/11

Diskriminierte Bevölkerungsgruppen sind solchen Risiken besonders stark ausgesetzt. Staaten haben die allgemeine Pflicht, das Menschenrecht auf Wasser zu respektieren, gegen Interessen Dritter zu schützen und Personen und Gemeinschaften dabei zu unterstützen, ihr Rechte zu verwirklichen. Sie müssen dazu auch vorsorgende Maßnahmen ergreifen. Diese Pflichten gelten auch über Staatsgrenzen hinweg. Staaten sind darüber hinaus verpflichtet, zur Verwirklichung des Rechts international zusammenzuarbeiten. Maßnahmen zur Verwirklichung von Menschenrechten sollen immer auf den Prinzipien Partizipation, Transparenz, umfassende Information, Empowerment, Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit und Rechenschaftspflicht basieren. Verletzungen des Menschenrechts auf Wasser liegen vor, wenn Menschen es nicht umfänglich wahrnehmen können, weil Staaten ihren Pflichten nicht nachkommen, obwohl sie die Mittel dazu haben. Dies kann sowohl durch bestimmte Maßnahmen als auch durch das Unterlassen von Maßnahmen der Fall sein.

Deutschland ist im internationalen Vergleich zwar ein wasserreiches Land mit einer guten Infrastruktur. Aufgrund der Klimaveränderungen kann aber zukünftig auch hier Wasser knapp werden.<sup>33</sup> Dies kann vor allem durch Übernutzung sowie durch Verschmutzung durch Unternehmen geschehen. Darüber hinaus werden insbesondere **Wohnungslose** beim Zugang zu Trinkwasser diskriminiert:

- Konkret in der Kritik stehen Kommunen in Deutschland mit zu wenigen ganzjährig frei zugänglichen Trinkbrunnen, die für Wohnungslose oft die einzige Möglichkeit sind, sich selbst ausreichend mit Trinkwasser zu versorgen. Dies führte insbesondere in den letzten drei, sehr heißen Sommern, öfter zu Dehydrierungen von **Wohnungslosen**. Selbst das günstigste Trinkwasser in Flaschen kostet etwa 63-mal so viel wie Leitungswasser.<sup>34</sup> Entsprechende Kritik gibt es zum Beispiel in Hannover, Hamburg und Dortmund und der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe. Trinkwasserbrunnen seien außer Funktion und es gebe zu wenige. Während der Corona-Pandemie hat sich die Lage verschärft, weil die Kommunen Brunnen auch gezielt abgestellt haben, um Ansteckungen darüber zu vermeiden. Gleichzeitig wurde Wohnungslosen aber keine alternative Versorgung angeboten. Zwar sind Hilfsorganisationen tätig geworden, dies konnte aber die abgestellte Versorgung nicht komplett ersetzen.<sup>35 36</sup>

Die Verpflichtung zum Schutz des Zugangs zu Wasser verletzt der deutsche Staat immer wieder, indem er privatwirtschaftlichen Interessen Vorrang gegenüber seinem öffentlichen Auftrag für die Sicherstellung der Wasserversorgung der Bevölkerung gibt. Aktuelle Beispiele sind:

- Die im Bau befindliche Fabrik für Elektro-Autos sowie die daneben geplante Batteriefabrik des Unternehmens Tesla in Grünheide/Brandenburg wird ohne Genehmigung in einem **Trinkwasserschutzgebiet** gebaut. Ihr veranschlagter Wasserbedarf übersteigt laut Aussagen des zuständigen Wasserwerks Strausberg-Erkner das vorhandene Wasserdargebot.

---

<sup>33</sup> Prof Dietrich Borchardt, Helmholtz Zentrum für Umweltforschung, im Interview, <https://www.3sat.de/gesellschaft/makro/luxusgut-wasser-ganze-sendung-100.html>

<sup>34</sup> <https://www.natursinn-ev.org/leitungswasser-spart-geld/>

<sup>35</sup> <https://taz.de/Trinkwasserversorgung-fuer-Obdachlose/15702553/> , <https://www.hinzundkuntz.de/wo-obdachlose-jetzt-kostenlos-wasser-bekommen/> , <https://www.ruhr24.de/dortmund/dortmund-obdachlose-trinkbrunnen-trinken-trocken-hitze-wasser-schutz-coronavirus-dew21-13872340.html>

<sup>36</sup> <https://www.rnd.de/panorama/wohnungslosen-hilfe-obdachlosen-bei-hitze-wasser-anbieten-5ZYDHA5QICM6MIJY7JMC63TMWU.html> ;

Konsequenz würden Einschränkungen der Wasserversorgung der Verbraucher\*innen sein.<sup>37</sup> Zudem sind in der Region in den letzten Jahren deutlich weniger Niederschläge gemessen worden als in den Jahrzehnten zuvor. Das Unternehmen hat darüber hinaus ohne abschließende behördliche Genehmigung 12 Meter lange Pfähle in den Boden gerammt, wodurch die Gefahr besteht, dass das Grundwasser mit tieferliegendem Salzwasser verunreinigt wird.

- Ebenfalls in einem **Trinkwasserschutzgebiet** will das Unternehmen SVOLT in Überherrn im Saarland eine Batteriefabrik bauen. Das Planungsverfahren läuft seit April 2021. Der kalkulierte jährliche Wasserbedarf der Fabrik übersteigt gemäß den Wasserzweckverband Warndt die Wassermenge, die ökologisch vertretbar genutzt werden kann, ohne das Grundwasser zu übernutzen. Die Bevölkerung befürchtet außerdem Verschmutzungen ihrer Trinkwasserressourcen.<sup>38</sup>
- In Lüneburg beantragt das Unternehmen *CocaCola* die Nutzungsrechte eines dritten **Trinkwasserbrunnens**, um Grundwasser als Flaschenwasser in Plastikflaschen zu verkaufen. Da die Niederschläge in der Region Lüneburger Geest in den letzten Jahren im Vergleich zu den letzten Jahrzehnten deutlich zurückgegangen sind, werden dadurch zukünftig Probleme mit der Wasserversorgung der Bevölkerung befürchtet.<sup>39</sup>

In Ländern des globalen Südens, die über Rohstoffe verfügen, welche für die deutsche Industrie wichtig sind, wird das Menschenrecht auf Wasser häufig unmittelbar durch den Abbau der **Rohstoffe** oder durch den großflächigen Anbau von **Energiepflanzen** verletzt. Die folgenden Beispiele finden im Kontext von Maßnahmen zu Klimaschutz und Klimaanpassung statt.

- 13 Dörfer mit über 500 Familien sind von der Erweiterung der **Bauxit-Mine Sangaredi** im Nordwesten Guineas betroffen. Bauxit ist ein wichtiger Rohstoff für die Produktion des Leichtmetalls Aluminium, das unter anderem für die Produktion von Elektro-Autos verwendet wird, da es das Gewicht der schweren Akkus ausgleicht.<sup>40</sup> Die Mine verschmutzt Oberflächengewässer, die vorher so sauber waren, dass ihr Wasser von den Familien für den Hausgebrauch genutzt wurde. Wasserquellen der Dörfer sind ganz versiegt. Neben der Weltbanktochter IFC fördert auch die deutsche ING Diba die Erweiterung der Mine mit einem Kredit über etwa 250 Mio. Euro. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat den Kredit über eine **Ungebundene Finanzkredit-Garantie (UFK)** mit der Auflage versichert, das 15 Jahre lang 15% des Bauxits der Mine nach Deutschland exportiert werden. Das Bauxit wird zu Hälfte von der Automobilindustrie verwendet. Die betroffenen Gemeinden haben eine Beschwerde bei der Ombudsstelle der Weltbank eingereicht. Die Bundesregierung weist bisher jegliche Verantwortung für die Menschenrechtsverletzungen von sich und beteiligt sich auch nicht an der Mediation mit der Weltbank.

---

<sup>37</sup> ZDF Frontal 21, 16.03.2021: Turbo, Tempo, Tesla. Elon Musk in Brandenburg, <https://www.youtube.com/watch?v=LQa3uW3qBgo>

<sup>38</sup> <https://www.bi-fdl.de/> , [https://www.sr.de/sr/home/nachrichten/politik\\_wirtschaft/buergerinitiative\\_demo\\_gegen\\_svolt\\_ueberherrn\\_100.html](https://www.sr.de/sr/home/nachrichten/politik_wirtschaft/buergerinitiative_demo_gegen_svolt_ueberherrn_100.html) , <https://wzwarndt.de/die-wassergewinnung/das-wasser-im-boden/>

<sup>39</sup> <https://unserwasser-bi-lueneburg.de/> , ZDF Frontal 21, vom 04.05.2021, ab Min 8:45, <https://www.zdf.de/politik/frontal-21/frontal-21-vom-4-mai-2021-100-100.html> , [https://www.nlwkn.niedersachsen.de/download/156169/NLWKN\\_2020\\_Grundwasserbericht\\_Niedersachsen\\_Sonderausgabe\\_zur\\_Grundwasserstandssituation\\_in\\_den\\_Trockenjahren\\_2018\\_und\\_2019\\_Band\\_41\\_.pdf](https://www.nlwkn.niedersachsen.de/download/156169/NLWKN_2020_Grundwasserbericht_Niedersachsen_Sonderausgabe_zur_Grundwasserstandssituation_in_den_Trockenjahren_2018_und_2019_Band_41_.pdf)

<sup>40</sup> <https://www.allesueberalu.de/Elektromobilit%C3%A4t.html>



- Wie bereits unter 4a. dargestellt, liegen in der **Atacama-Wüste** im Dreiländereck Argentinien, Bolivien, Chile bedeutende **Lithium**vorkommen im Boden, die für die Herstellung von Akkus abgebaut werden. Der Rohstoff wird durch das Abpumpen des unterirdischen Salzwassers gewonnen, das sich unterhalb des Grundwassers im Boden befindet. Der Grundwasserspiegel sinkt infolge. Dadurch verlieren indigene Völker, die in der Atacama-Wüste leben und auf das Grundwasser als Trinkwasser sowie zur Bewässerung ihrer Felder angewiesen sind, ihre Lebensgrundlage.<sup>41</sup>
- In **Sambia** investieren Agrarkonzerne in den großflächigen Anbau von Energiepflanzen, aus denen Agrartreibstoffe produziert werden können. Die örtliche kleinbäuerliche Bevölkerung wird dadurch ihrer natürlichen Ressourcen beraubt, wozu auch der Zugang zu Wasser gehört. Darunter ist auch das deutsche Unternehmen Amatheon Agri. Darüberhinaus finanziert die **Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG)**, eine Tochterbank der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), den Anbau von **Agrartreibstoffen** des größten sambischen Unternehmens Zambeef. Zambeef hält über 100.000 Hektar Land und produziert darauf unter anderem Palmöl. Für die Produktion wurden mehrfach kleinbäuerliche Gemeinden vertrieben. Sie verloren dadurch auch ihren Zugang zu Wasser. Dennoch hat die DEG die weitere Expansion von Zambeefs Geschäften im Jahr 2014 mit einem Kredit über 25 Millionen US-Dollar unterstützt.<sup>42</sup> Leidtragende sind vor allem Frauen und Mädchen, die für die Wasserversorgung ihrer Familien zuständig sind und nun weitere Wege und mehr Zeit dafür aufwenden müssen. Zudem können die Frauen nach einer Vertreibung im Jahr 2018 mangels Wasser kein Gemüse mehr anbauen.
- Für den **Staudamm Barro Blanco** in Panama sind die Indigenen der Ngäbe-Buglé zwangsumgesiedelt worden. Sie lebten in dem Areal, das als Staubecken geflutet worden ist. Das deutsche Unternehmen Voith Hydro lieferte die Turbinen. Die **DEG** finanzierte den Staudamm mit 25 Millionen US-Dollar.<sup>43</sup> Das Staubecken wurde ohne Einigung mit den Ngäbe-Buglé geflutet und damit ihre Häuser unter Wasser gesetzt. Ihre Trinkwasserquellen waren dadurch nicht mehr nutzbar. Der Staudamm wurde dennoch unter dem **Clean Development Mechanism (CDM)** des Kyoto-Protokolls als Klimaschutzprojekt anerkannt.<sup>44</sup> Der CDM war ein marktbasierter Mechanismus für den CO<sub>2</sub>-Handel. Industrieländer konnten sich durch die Finanzierung von angeblich CO<sub>2</sub>-sparenden Projekten in Ländern des globalen Südens von Verpflichtungen, im eigenen Land CO<sub>2</sub> einzusparen, freikaufen.<sup>45</sup> Für CDM-Projekte gab es keine expliziten Menschenrechtskriterien und durch viele wurden massiv Menschenrechte verletzt. Die zivilgesellschaftliche Organisation Carbon Market Watch

<sup>41</sup> Jennifer Barbara Hutchings 2019: Lithiumabbau in Südamerika. Das neue „weiße Gold“ <https://www.gfbv.de/de/zeitschriftfuervielfalt/311-digitalisierung-chancen-und-gefahren/lithiumabbau-in-suedamerika-das-neue-weisse-gold/>

<sup>42</sup> <https://www.fian.de/aktuelles/studie-zu-landgrabbing-in-sambia-deutsche-finanzinvestoren-und-entwicklungshilfe-beteiligen-sich-an-der-jagd-nach-land/> ; <https://www.fian.de/aktuelles/tag-der-landlosen-deutsche-akteure-schueren-landknappheit-in-sambia/>

<sup>43</sup> <https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/energie-und-menschenrechte-bericht-2017.pdf>

<sup>44</sup> Nach vielen nationalen und internationalen Protesten zog die Regierung Panamas zog im November 2016 die Anerkennung als CDM-Projekt zurück. <https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/energie-und-menschenrechte-bericht-2017.pdf>

<sup>45</sup> <https://monde-diplomatique.de/artikel/15361274> , Der CDM ist mit dem Auslaufen des Kyoto-Protokolls Ende 2020 eingestellt worden. Zurzeit wird über Umsetzungsregeln für seinen im Pariser Klimaabkommen verfassten Nachfolgemechanismus verhandelt, den *Sustainable Development Mechanismus*.

fordert als eine Lehre aus dem menschenrechtlichen Desaster des Barro Blanco-Staudamms, dass die Verpflichtung zu Partizipation der örtlichen Bevölkerung in den Folgeprozess aufgenommen werden muss.<sup>46</sup>

Die Beispiele zeigen deutlich, dass diskriminierte Bevölkerungsgruppen besonders von Verletzungen des Menschenrechts auf Wasser im Zusammenhang mit der Klimakrise betroffen sind. Dazu gehören vor allem Wohnungslose, Indigene Völker und Gemeinschaften, kleinbäuerliche Gemeinden, Frauen und Mädchen. Auf die Verwirklichung ihres Menschenrechts auf Wasser sollte daher bei Maßnahmen gegen Verletzungen dieses Rechts vorrangig geachtet werden.

Die Beispiele verdeutlichen auch, dass für eine kohärente Menschenrechtspolitik effektive Maßnahmen gegen Verletzungen des Menschenrechts auf Wasser und zu ihrer Vorbeugung in sehr unterschiedlichen Politikfeldern ergriffen werden müssen. Zurzeit bieten verschiedene politische Prozesse dazu gute Gelegenheiten, die Bundestag und Bundesregierung nicht verpassen sollten:

- a) **Anpassung des Klimaschutzgesetzes (KSG) an die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts (BVG) und das Ziel des Pariser Klimaabkommens:** In seinem Beschluss vom 24. März 2021 (veröffentlicht am 29. April 2021) hat das BVG dem Gesetzgeber aufgetragen, die Festlegung des Treibhausgasreduktionspfads langfristiger und konkreter zu regeln sowie „die Größe der festzulegenden Jahresemissionsmengen für Zeiträume nach 2030 selbst zu bestimmen oder nähere Maßgaben zu deren konkreten Bestimmung durch den Verordnungsgeber zu treffen.“<sup>47</sup> Dies bedeutet unter anderem, die *National Determined Contribution* so festzulegen, dass das Ziel des Pariser Klimaabkommens einer Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5°C erreicht werden kann<sup>48</sup>, ohne dass folgende Generationen vermeidbar massive Einschränkungen ihrer Grundrechte ausgesetzt sein werden, die notwendigen Beschränkungen also ab jetzt auf alle Generationen gleich verteilt werden müssen. Der Gesetzgeber sollte in die Neufassung des KSG auch aufnehmen, dass Klimaschutzmaßnahmen nur in Übereinstimmung mit den Menschenrechten durchgeführt werden dürfen.<sup>49</sup>
- b) **Lieferkettengesetz für unternehmerische Sorgfaltspflichten nachbessern:** Aktuell wird der Entwurf für das sogenannte Lieferkettengesetz im Bundestag diskutiert. Zuständiger Fachausschuss ist der Ausschuss für Arbeit und Soziales. Die 2./3. Lesung soll am 20./21. Mai stattfinden. Damit das Gesetz den dargestellten Verletzungen des Menschenrechts auf Wasser wirksam entgegenwirken kann, sind zwei Verbesserungen erforderlich: 1. Die Aufnahme zivilrechtlicher Haftung nach deutschem Recht, und 2. verpflichtende Risikoanalysen entlang der gesamten Lieferketten. Es muss darüber hinaus sichergestellt sein, dass das Gesetz auch für die Öffentliche Beschaffung und Geschäfte des Finanzsektors gilt.<sup>50</sup>

---

<sup>46</sup> <https://carbonmarketwatch.org/2018/05/24/learning-from-barro-blanco-how-to-improve-stakeholder-consultations-in-climate-projects/>

<sup>47</sup> <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/bvg21-031.html>

<sup>48</sup> Dies ist in der bisherigen Fassung des Klimaschutzgesetzes nicht der Fall:

<https://climateactiontracker.org/countries/germany/>

<sup>49</sup> Aufgrund der knapper werdenden Wasserressourcen fordert der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) die Einführung eines umfassenden Verursacherprinzips. Verschmutzer müssten für die Aufbereitung des Wassers zahlen.

<sup>50</sup> Details dazu in der Stellungnahme der Lieferketteninitiative: [https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2021/03/Initiative-Lieferkettengesetz\\_Stellungnahme-zum-Gesetzentwurf.pdf](https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2021/03/Initiative-Lieferkettengesetz_Stellungnahme-zum-Gesetzentwurf.pdf), auch 50

Diese verpflichtenden Regelungen müssen auch in das angekündigte Lieferkettengesetz der EU aufgenommen werden.

- c) **Gesetzliche Recycling-Quoten für metallische Rohstoffe verschärfen:** Aktuell überarbeitet die EU im Rahmen des Green Deal ihre Batterien-Verordnung aus dem Jahr 2006 (2006/66/EG).<sup>51</sup> Diese schreibt eine Recycling-Quote von nur 50 Prozent vor, die deutlich angehoben werden sollte, um Kreislaufwirtschaft zu verstärken.<sup>52</sup> Außerdem sollte eine Pfandpflicht für Batterien und Akkus eingeführt werden.<sup>53</sup> Im Kapitel „Nachhaltigkeit“ sollte darüber hinaus die verbindlicher Einhaltung von Menschenrechten eingefügt werden.
- d) **Rule Book zur Umsetzung von Artikel 6 des Pariser Klimaabkommens menschenrechtskonform gestalten:** Für die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens wird seit einiger Zeit unter dem Dach der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) ein Regelwerk erarbeitet. Es soll von der COP26 in Glasgow angenommen werden. Einziger noch offener Teil sind die Regeln zu Artikel 6 des Pariser Abkommens, in dem es um marktbasierende Mechanismen geht. Darin sollten die Menschenrechte und die Prinzipien zu ihrer Umsetzung verbindlich aufgenommen werden. Besonders wichtig sind die Rechte der Bevölkerung auf Partizipation, menschenrechtskonforme Schutzmechanismen sowie unabhängige und transparente Beschwerdeverfahren.<sup>54</sup>
- e) **Umsetzung der ILO-Konvention 169:** Deutschland hat erfreulicherweise im April 2021 die ILO-Konvention zu Schutz und Stärkung der Rechte indigener Völker ratifiziert. Da indigene Völker besonders stark den Folgen der Klimakrise und Verletzungen des Menschenrechts auf Wasser ausgesetzt sind, sollte die Umsetzung der Konvention als Querschnittsaufgabe für alle relevanten Politikfelder schnell vorangetrieben werden.
- f) **Menschenrechtsschutz als verbindliches Kriterium für die Außenwirtschaftsförderung verankern und Förderprojekte veröffentlichen:** Neben dem oben dargestellten Beispiel sind viele weitere bekannt, in denen deutsche Außenwirtschaftsförderung zu Verletzungen des Menschenrechts auf Wasser und anderen Rechten beigetragen hat. Vermutlich ist die Dunkelziffer hoch, denn einzelne Förderprojekte werden in der Regel nicht veröffentlicht. Und obwohl das BMWi laut eigenen Aussagen keine Deckungen für Exportgeschäfte übernimmt, die gegen international festgelegte Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandard verstoßen<sup>55</sup>, geschieht genau das immer wieder.
- g) **Menschenrechtsschutz als verbindliches Kriterium für die Entwicklungsfinanzierung verankern und Förderprojekte veröffentlichen:** Obwohl die DEG laut eigenen Aussagen Unternehmen zu Menschenrechten in Produktionsanlagen und Lieferketten berät<sup>56</sup>, finanziert sie selbst immer wieder Projekte, die zu Verletzungen des Menschenrechts auf

---

Unternehmen fordern diese Verbesserung des Gesetzesentwurfs: <https://www.business-humanrights.org/de/neuste-meldungen/statement-sorgfaltspflichtengesetz/>

<sup>51</sup> [https://ec.europa.eu/germany/news/20201210-batterien-der-eu\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20201210-batterien-der-eu_de) , <https://www.batteriegesetz.de/neue-eu-batterie-verordnung-fuer-2022-vorgestellt/>

<sup>52</sup> <https://www.auto-motor-und-sport.de/tech-zukunft/alternative-antriebe/elektroauto-batterien-recycling-quote-hinkt-fortschritten-hinterher/>

<sup>53</sup> <https://www.batteriegesetz.de/neue-eu-batterie-verordnung-fuer-2022-vorgestellt/>

<sup>54</sup> Detaillierte Vorschläge dazu macht CIEL: <https://www.ciel.org/wp-content/uploads/2021/02/Rights-Carbon-Caution.pdf>

<sup>55</sup> <https://www.bmw.de/Redaktion/DE/Artikel/Aussenwirtschaft/exportkreditgarantien.html>

<sup>56</sup> <https://deginvest.foleon.com/deg/newsletter-1-21/newsletter/>

Wasser und anderen Menschenrechten führen.<sup>57</sup> Im Zusammenhang mit der Klimakrise stehen insbesondere Finanzierungen von Staudämmen und Kohlekraftwerken in der Kritik. Neben ihren enormen Treibhausgas-Ausstößen stehen letztere aufgrund ihres hohen Wasserverbrauchs auch wegen Verletzungen des Menschenrechts auf Wasser in der Kritik.<sup>58</sup> Die DEG fordert von ihren Kreditnehmer\*innen keine verbindliche Verpflichtung zum Respekt der Menschenrechte, sondern nur der IFC-Performance-Standards. In ihren eigenen Entwicklungspolitischen Berichten und Lageberichten gibt es keine Angaben zur Berücksichtigung der Menschenrechte.<sup>59</sup> Das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEVAL) kommt in der Evaluierung der Menschenrechtsstrategie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zum Ergebnis, dass die Beschwerdemechanismen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und das Monitoring menschenrechtlicher Vorgaben nicht ausreichen. Das ist auch für Verletzungen des Menschenrechts auf Wasser relevant.<sup>60</sup> Wirksame Beschwerdeverfahren sollten daher so schnell wie möglich eingerichtet werden.

- h) **Gesetzliche Beimischungsquote für Agrartreibstoffe abschaffen:** Um Unternehmen den Anreiz für den Anbau von Energiepflanzen zur Produktion von Agrartreibstoffen zu nehmen, sollten in Deutschland und der EU die gesetzlichen Quoten zur Beimischung gestrichen werden. Dies würde auch einen Beitrag zum Klimaschutz darstellen. Denn aufgrund von Landnutzungsänderungen erhöhen diese den globalen Treibhausgas-Ausstoß.
- i) **Zusatzprotokoll zum UN-Sozialpakt ratifizieren:** Damit Einzelpersonen Abhilfe gegen Verletzungen des Menschenrechts auf Wasser auch einfordern können, müssen die Staaten das Zusatzprotokoll zum UN-Sozialpakt ratifizieren. Deutschland sollte das schnellstmöglich tun (wie auch im aktuellen Koalitionsvertrag festgehalten), um Betroffenen eine weitere Möglichkeit an die Hand zu geben, ihr Menschenrecht auf Wasser zu verwirklichen.
- j) **UN-Erklärung der Rechte von Bäuer\*innen und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten (UNDROP) umsetzen:** Die UNDROP dient dem Schutz und der Stärkung der Menschenrechte benachteiligter Bevölkerungsgruppen im ländlichen Raum. In Artikel 21 ist ihr Menschenrecht auf Wasser konkretisiert. Es umfasst neben Wasser für den persönlichen und häuslichen Gebrauch auch Wasser für die kleinbäuerliche Landwirtschaft, Fischerei und Viehhaltung. Die korrespondierenden staatlichen Pflichten sind ebenfalls in Artikel 21 konkretisiert. Deutschland sollte die UNDROP in allen relevanten Politikfeldern als Querschnittsaufgabe umsetzen.

---

<sup>57</sup> [https://www.fian.de/wp-content/uploads/2021/06/14\\_11\\_AWZ\\_FIAN\\_Stellungnahme\\_DEG\\_final-1.pdf](https://www.fian.de/wp-content/uploads/2021/06/14_11_AWZ_FIAN_Stellungnahme_DEG_final-1.pdf)

<sup>58</sup> <https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/energie-und-menschenrechte-bericht-2017.pdf>

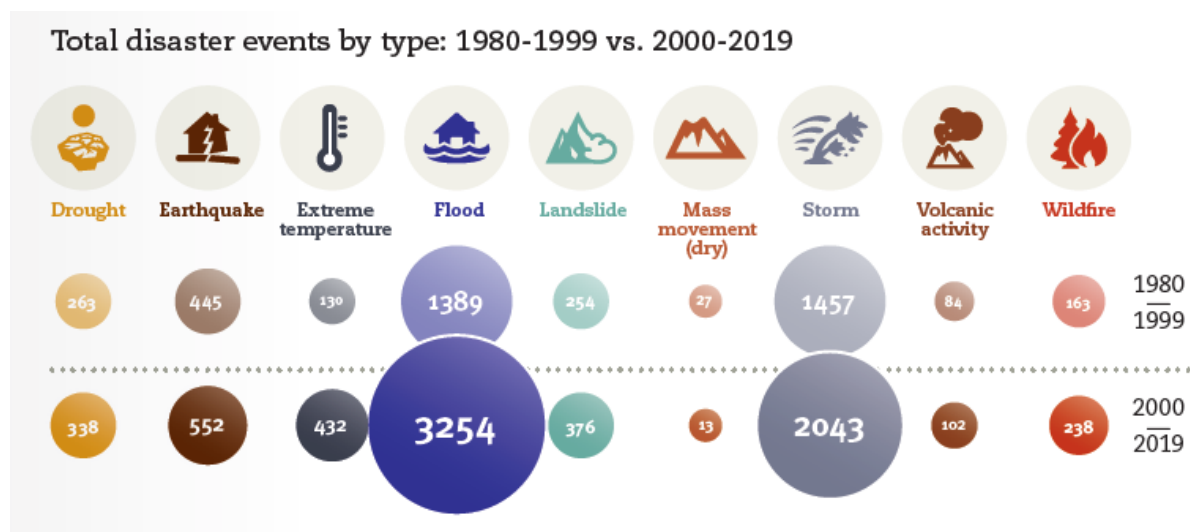
<sup>59</sup> <https://www.deginvest.de/Internationale-Finanzierung/DEG/Download-Center/Jahresberichte/>

<sup>60</sup> <https://deval.org/de/menschenrechte-in-der-deutschen-entwicklungspolitik-konzept-umsetzung-wirksamkeit.html>

## 5a. Inwiefern zwingt der Klimawandel Menschen, ihre Heimat zu verlassen?

Die Erderwärmung erhöht die Zahl und verstärkt die Heftigkeit von Naturkatastrophen. Der Klimawandel entzieht auf unterschiedliche Weise insbesondere ausgegrenzten und vulnerablen Menschen die Lebensgrundlagen. Er stellt damit einen Push-Faktor für Migration dar. Im Zeitraum 2000 – 2019 starben weltweit über 1,2 Millionen Menschen infolge von Naturkatastrophen, und über 4 Milliarden Menschen waren in anderer Weise davon betroffen – durchschnittlich 200 Mio. pro Jahr. Zu den wesentlichen Auswirkungen der Klimakrise, die Menschen dazu zwingen, ihren Lebensraum zu verlassen gehören:

- Unzureichender Zugang zu sauberem Süßwasser; dies wird vor allem durch Trockenheit und Starkregenfälle verursacht, deren Häufigkeit und Stärke durch den Klimawandel zunehmen;
- Überflutungen und Zerstörung von Häusern und Grundstücken in Küsten- und Ufernähe aufgrund des Anstieg des Meeresspiegels in Verbindung mit Stürmen, die ebenfalls in Zahl und Stärke zunehmen;
- Unsichere Versorgung mit Nahrungsmitteln aufgrund verringerter Ernten und Fischbestände.



Quelle: CRED/UNDRR 2020<sup>61</sup>

Grafik: Weltweit aufgetretene Naturkatastrophen nach Typen: Vergleich der Zeiträume 1980 – 1999 und 2000 - 2019<sup>62</sup>

<sup>61</sup> CRED/UNDRR 2020: The Human cost of disasters. An overview of the last 20 years 2000-2019, Brüssel/Genf

<sup>62</sup> Nach Angaben von UNDRR lag die gesamte Zahl der Naturkatastrophen im Jahr 2020 mit 389 über dem Durchschnitt der Jahre 2000 – 2019 von 368. <https://www.undrr.org/news/earth-day-2020-saw-major-rise-floods-and-storms>

Total number of people affected  
by disaster type (2000-2019)

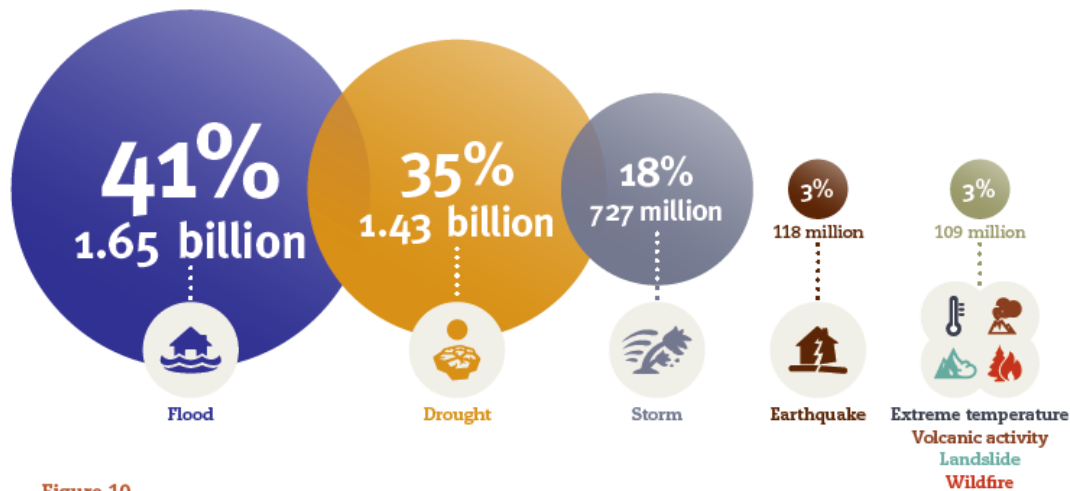


Figure 10

Quelle: CRED/UNDRR 2020 (Fußnote 64)

Grafik: Gesamte Zahl der von Naturkatastrophen Betroffenen je Katastrophenart.

Die Zusammenhänge von Migration und Klimawandel sind komplex. In der Regel spielen auch andere Faktoren für die Entscheidung eine Rolle, die Heimatregion zu verlassen. Die wichtigsten weiteren Faktoren sind Armut, aber auch wachsender Wohlstand. Dies bezieht sich sowohl auf Staaten oder Regionen als auch auf Personen. Je wohlhabender ein Staat, desto mehr Vorsorge vor und Hilfe im Fall von Naturkatastrophen kann er leisten. 70 Prozent der notwendigen Umsiedlungen finden in den ärmsten Regionen statt.<sup>63</sup> Einzelpersonen können ebenfalls mehr Vorsorge betreiben je wohlhabender sie sind oder auch in Gegenden ziehen, in denen klimabedingte Naturkatastrophen weniger wahrscheinlich auftreten.<sup>64</sup>

Vulnerabilität und Zwangsumsiedlungen bestimmter Bevölkerungsgruppen sind darüber hinaus vor allem durch folgende Faktoren bestimmt:

- Sie verfügen über wenige Anpassungsmöglichkeiten an die Klimaveränderungen. Dies ist bei vielen indigenen Völkern der Fall, gilt aber auch für Kinder, alte und behinderte Menschen.
- Sie sind nicht durch Infrastruktur geschützt, um den Folgen von Klimakatastrophen vorzubeugen, wie zum Beispiel Schutzdämme oder Bewässerungsanlagen.
- Sie sind gesellschaftlich, politisch und ökonomisch benachteiligt. Dies gilt für Frauen, indigene Völker und andere Minderheiten.
- Ihr Lebensraum liegt in besonders gefährdeten oder sehr abgelegenen Regionen wie an Gewässern, dem Meer, in Wüstennähe, Gebirgen oder in fragilen Ökosystemen.
- Ihr Überleben ist direkt abhängig von eigener Landwirtschaft oder Fischerei.
- Sie sind staatlichen Diskriminierungen aufgrund ihrer Ethnizität oder Religion ausgesetzt.
- Sie leben in einem fragilen Staat.

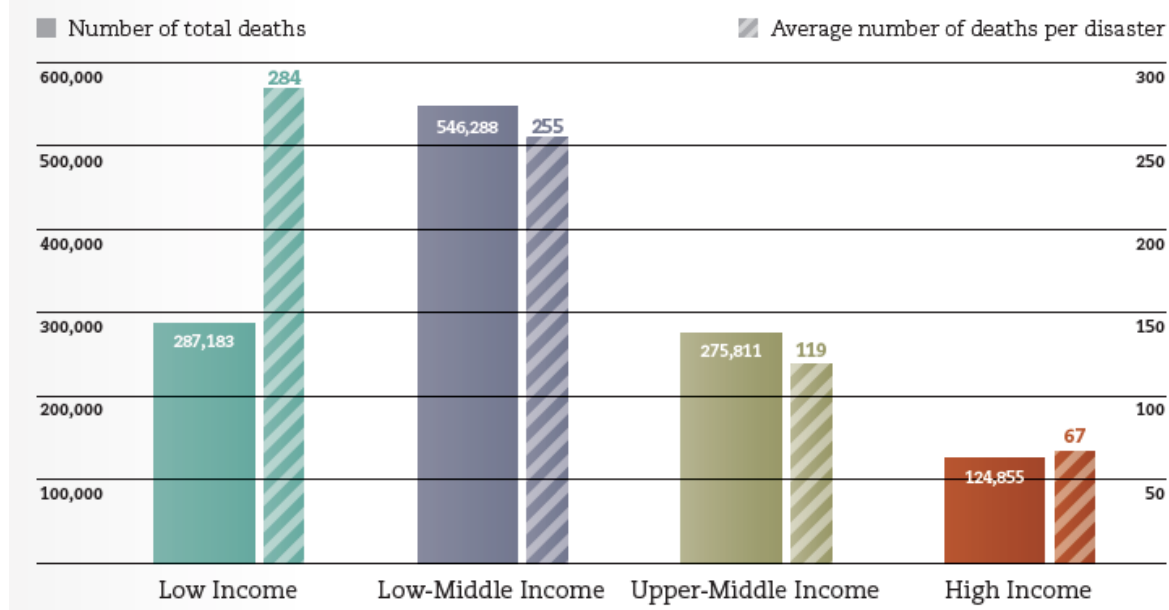
Auswirkungen des Klimawandels verstärken in der Regel diese bereits bestehenden Faktoren.<sup>65</sup>

<sup>63</sup> <https://climatemigration.org.uk/climate-migration-inequality/>

<sup>64</sup> <https://climatemigration.org.uk/video-understanding-disasters-displacement-and-climate/>

<sup>65</sup> McAdam, Jane/ Limon, Marc 2015: Human rights, climate change and Cross-border displacement: the role of the international human rights community in contributing to effective and just solutions,

### Total numbers of deaths compared to the average number of deaths per disaster by income group (2000-2019)



Quelle: CRED/UNDRR 2020 (Fußnote 64)

Grafik: Gesamtzahl der Todesfälle verglichen mit der durchschnittlichen Zahl der Toten je Naturkatastrophe in verschiedenen Einkommensgruppen in den Jahren 2000 - 2019<sup>66</sup>

Migration infolge des Klimawandels geschieht zum einen als Reaktion auf langsam fortschreitende Ereignisse und Folgen wie wiederkehrende Dürren und Bodenverschlechterungen, zum anderen auf akute, plötzliche Ereignisse wie Extremwetter und Überschwemmungen. Als Reaktion auf langsam fortschreitende Klimafolgen ziehen häufig zuerst Männer aus ländlichen in urbane Regionen, um dort nach neuen Einkommensmöglichkeiten zu suchen. Diese Migration ist eine individuelle oder familiäre Anpassungsstrategie an die Klimakrise. Als Reaktion auf plötzliche Extremwetter und Überschwemmungen verlassen alle Bevölkerungsgruppen, die dazu in der Lage sind, ihren Lebensort zum Schutz ihres Lebens, wenn aufgrund der Schäden Menschen dort nicht weiter (würdig) leben können. Für die Anerkennung von Migration als Anpassungsmaßnahme auf die Klimakrise sprechen sich auch fünf UN-Menschenrechtsausschüsse in einer gemeinsamen Erklärung zu Menschenrechten und Klimawandel vom 16. September 2019 aus.<sup>67</sup> Der Anstieg des Meeresspiegels ist sichtbarste Manifestierung des Klimawandels, weil er nach bisherigen Prognosen zum Untergang pazifischer Inseln führen wird, die dann von der Weltkarte gestrichen werden müssen. Gemäß dem

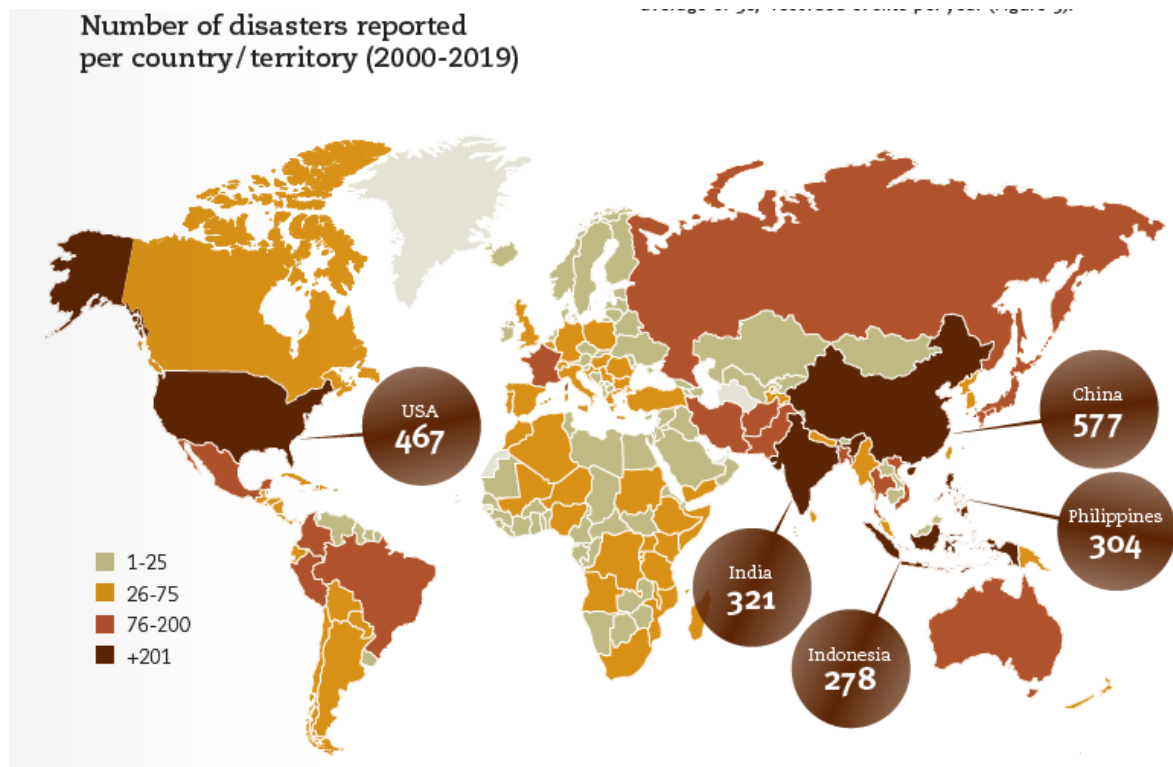
<http://www.universal-rights.org/urg-policy-reports/human-rights-climate-change-and-cross-border-displacement-the-role-of-the-international-human-rights-community-in-contributing-to-effective-and-just-solutions/>

<sup>66</sup> Einkommensgruppen: <https://datahelpdesk.worldbank.org/knowledgebase/articles/906519-world-bank-country-and-lending-groups> : Berechnungsgrundlage ist das jährliche Bruttonationaleinkommen pro Kopf 2018: Low income: \$1,025 or less, Low-middle income: \$1,026 — 3,995, Upper-middle income: \$3,996 — 12,375, High income: \$12,375 or more

<sup>67</sup> Die Ausschüsse CEDAW, CESCR, CRC, CRPD, CRMW fordern Schutzmechanismen, da die Flüchtlinge den Fluchtgrund nicht verursacht und nicht zu verantworten haben.

<https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=24998>

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen UNDP sind von solchen zwangsweise erfolgenden Umsiedlungen zu 80 Prozent Frauen betroffen.<sup>68</sup> Diese Umsiedlungen können vorübergehend oder langfristig erfolgen.<sup>69</sup> Die Betroffenen bleiben in der Regel im eigenen Land oder in angrenzenden Ländern. Insgesamt mussten in den letzten Jahren jährlich etwa 25 Mio. Menschen durch Umweltkatastrophen umsiedeln. 2019 war dies in 140 Ländern der Fall, davon über ¾ in Asien.<sup>70</sup>



Quelle: CRED/UNDRR 2020 (Fußnote 64)

Grafik: Zahl der Naturkatastrophen von 2000 – 2019 je Land

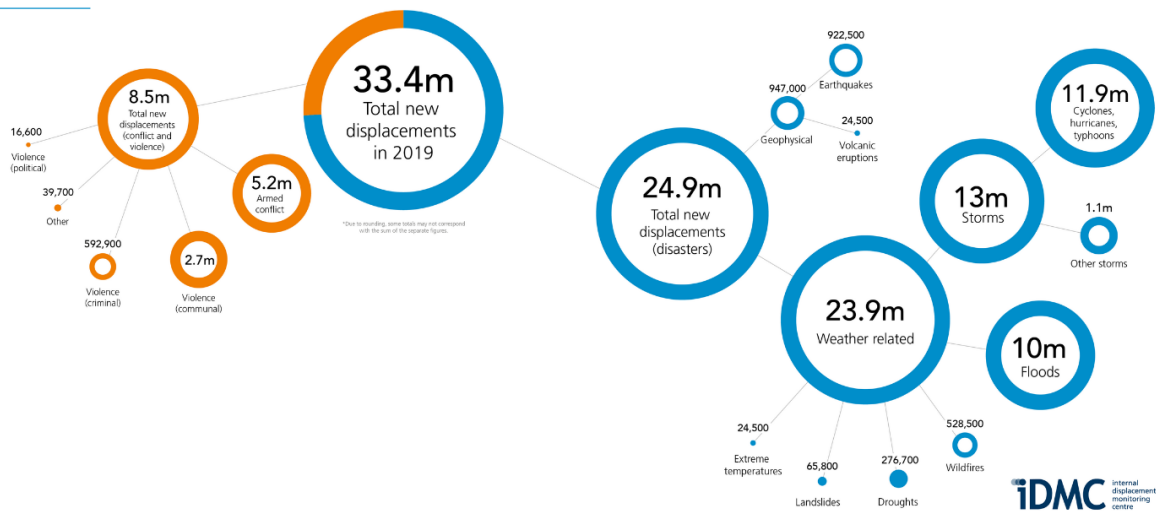
<sup>68</sup> UNDP 2016: Gender and Climate Change, Policy Brief 1.

<sup>69</sup> International Organization for Migration 2008: Migration and Climate Change, IOM Migration Research Series No. 31.

<sup>70</sup> Internal Displacement Monitoring Center (IDMC) 2020: Global Report on Internal Displacement, <https://www.internal-displacement.org/global-report/grid2020/>



## New displacements in 2019: breakdown for conflict and disasters



Grafik: Zahl der Umsiedlungen im Jahr 2019, unterteilt nach den Ursachen Konflikt (orange) und Naturkatastrophen (blau)

### 5b. Was wären geeignete politische Maßnahmen, um die Rechte und die Situation von „Klimaflüchtlingen“ zu schützen und zu verbessern?

Da die meisten klimabedingten Migrant\*innen innerhalb ihres Landes Zuflucht suchen, gelten für sie keine besonderen internationalen Schutzbestimmungen für Flüchtlinge. Die jeweiligen Regierungen sind für ihren Schutz und ihre Versorgung zuständig. Internationale Hilfe darf nur gewährt werden, wenn die jeweilige Regierung dem zustimmt. Eine deutliche Schutzlücke besteht auch für Binnenvertriebene aufgrund der mangelhaften Umsetzung von Rechtsstandards in vielen Staaten.<sup>71</sup> Der völkerrechtliche Status von Menschen, die aufgrund der Klimaveränderungen ihr Land verlassen (müssen), ist völlig ungeklärt. Sie fallen per Definition nicht unter die Genfer Flüchtlingskonvention und werden auch von keinem anderen internationalen völkerrechtlichen Instrument geschützt.<sup>72</sup> Wenn sie ohne anderweitige Erlaubnis des Zielstaats oder der Durchgangsstaaten grenzüberschreitend Zuflucht suchen, setzen sie sich dem Risiko aus, sich strafbar zu machen, verhaftet und abgeschoben zu werden. Gleichzeitig verfügt keine internationale Organisation über ein umfassendes Mandat und die notwendigen Ressourcen, um die komplexen Fragestellungen und realen Herausforderungen klimabedingter Flucht zu bearbeiten. Schutzlücken zeigen sich insbesondere, wenn langsam fortschreitende Klimaereignisse Gründe für die Schutzsuche im Ausland sind.

<sup>71</sup> European Parliament 2011: "Climate refugees". Legal and policy responses to environmentally induced migration, [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/etudes/join/2011/462422/IPOL-LIBE\\_ET\(2011\)462422\\_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/etudes/join/2011/462422/IPOL-LIBE_ET(2011)462422_EN.pdf)

<sup>72</sup> McAdam, Jane/ Liman, Marc 2015: Human rights, climate change and cross-border displacement: the role of the international human rights community in contributing to effective and just solutions, Universal Rights Group, Geneva, <http://www.universal-rights.org/urg-policy-reports/human-rights-climate-change-and-cross-border-displacement-the-role-of-the-international-human-rights-community-in-contributing-to-effective-and-just-solutions/>

Nur in dem regionalen Flüchtlingsabkommen der Organisation Afrikanischer Staaten und der lateinamerikanischen Cartagena-Erklärung werden auch Ereignisse als Fluchtgrund akzeptiert, die „ernsthaft“ die öffentliche Ordnung stören. Klimakatastrophen könnten dazugehören. Als einziges Schutzinstrument führt die *African Union Convention for the Protection and Assistance of Internally Displaced Persons in Africa* in Artikel V(4) Klimawandel als Fluchtgrund auf.

Da die Folgen des Klimawandels überwiegend stärker in Ländern auftreten, die ihn nicht oder kaum verursacht haben, sollten diese Ländern mit der Krisenbewältigung nicht alleingelassen werden. Auch beim Schutz von Klimavertriebenen sollten internationale Solidarität und das Verursacherprinzip gelten. Handlungsweisend für den Umgang mit klimabedingter Migration und Flucht sollten ein rechte-basierter Ansatz, das in der Klimarahmenkonvention verankerte Vorsorgeprinzip und das ebenfalls dort verankerte Prinzip der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortlichkeiten sein.<sup>73</sup>

Deutschland verfügt über eine gute Infrastruktur für Katastrophen-Vorsorge und -schutz. Der Schutz von „Klima-Binnenflüchtlingen“ wird daher im Folgenden außer Acht gelassen.

Es werden verschiedene Vorschläge vorgestellt, unterteilt in die Dimensionen:

- Reichweite: national, EU-weit, international
- Umsetzbarkeit: relativ schnell bis langwierig

#### A) Nationale Reichweite, schnelle Umsetzbarkeit:

- **Einhaltung des Pariser Klimaabkommens**  
Effektive Klimaschutzmaßnahmen, um die Erderwärmung gemäß auf maximal 1,5°C zu begrenzen, trage dazu bei, dass Menschen nicht aufgrund von Klimakatastrophen ihre Heimat verlassen müssen. Die Bewohner\*innen der pazifischen Inselstaaten, die selbst nicht zu den Verursacher\*innen des anthropogenen Klimawandels gehören, aber von Zwangsumsiedlungen wegen des Anstiegs des Meeresspiegels bedroht sind, insistieren auf ihr Recht, nicht fliehen zu müssen.<sup>74</sup>
- **Stopp aller Ausweisungen und Abschiebungen in Regionen, die von Naturkatastrophen betroffen sind**  
In Deutschland leben und arbeiten Menschen aus Ländern, in denen schwere Umweltkatastrophen auftreten. Sie haben unterschiedlich sichere Aufenthaltsstatus'. Für solche Fälle sollten Ausweisungen und Abschiebungen gesetzlich untersagt werden.<sup>75</sup>
- **Ratifizierung der UN-Wanderarbeiterkonvention (ICRMW)**  
Da wie oben dargestellt Arbeitsmigration eine Anpassungsstrategie an vor allem langsam fortschreitende Klimaveränderungen ist, trägt die Ratifizierung der UN-Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen zur Stärkung

<sup>73</sup> Eine ausführliche Analyse und Diskussion von Lösungsansätzen bietet: Amnesty International/Brot für die Welt/ DGVN/Germanwatch/Medico International/Oxfam/Pro Asyl 2013: Auf der Flucht vor dem Klima, [https://www.medico.de/fileadmin/\\_migrated\\_/downloads/1/auf-der-flucht-vor-dem-klima.pdf](https://www.medico.de/fileadmin/_migrated_/downloads/1/auf-der-flucht-vor-dem-klima.pdf)

<sup>74</sup> <https://www.neues-deutschland.de/artikel/992847.klimafluechtling-oder-climate-warrior.html>

<sup>75</sup> Der Beauftragte des UN Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Binnenflüchtlinge hat dies so formuliert:..." a person who cannot be reasonably expected to return (e.g. if assistance and protection provided by the country of origin is far below international standards) should be considered a victim of forced displacement and be granted at least a temporary stay." A/HRC/10/61, S. 17f, <https://www.ohchr.org/Documents/Press/AnalyticalStudy.pdf>

der Rechte von Menschen bei, die im Ausland Arbeit suchen, um sich und ihren Familien ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

- **Naturkatastrophen als Grund für Subsidiären Schutz für Flüchtlinge aufnehmen**

Subsidiärer Schutz wird nach Paragraph 4(1) Asylgesetz gewährt, „wenn weder der Flüchtlingsschutz noch die Asylberechtigung gewährt werden können und im Herkunftsland ernsthafter Schaden droht.“<sup>76</sup> Die Folgen von Naturkatastrophen könnten in die Liste ernsthafter Schäden aufgenommen werden.

B) EU-weite Umsetzung, mittelschnelle Umsetzbarkeit<sup>77</sup>

- **Naturkatastrophen als Grund für *Complementary Protection* (Subsidiärer Schutz) aufnehmen**

Der Subsidiäre Schutz von Flüchtlingen ist auf EU Ebene in der so genannten Qualifikationsrichtlinie 2011/95/EU geregelt. Wie ins deutsche Asylgesetz könnten die Folgen von Naturkatastrophen im Herkunftsland auch als ernster Schaden in diese Richtlinie aufgenommen werden.<sup>78</sup>

- **Die sogenannte Notfall-Richtlinie für temporären Schutz flexibler gestalten**

EU-Richtlinie 2001/55/EG regelt die Gewährung und Mindestnormen für einen vorübergehenden aber sofortigen Schutz von Flüchtlingen bei einer Massenflucht. Die Fluchtursachen und die Definition sind weiter gefasst als beim Subsidiären Schutz. Dieser Fall kann nur durch Vorschlag der Europäischen Kommission und Zustimmung des Europäischen Rats herbeigeführt werden. Diese Richtlinie wurde bisher noch nicht angewendet. Durch ein flexibleres Verfahren zu ihrer Inkraftsetzung, könnte sie einen Beitrag zum Schutz von Klimaflüchtlingen leisten.

- **Menschenrechte auf Fluchtwegen schützen**

Die EU praktiziert eine Abschottungspolitik, durch die Menschenrechte von Menschen, die sich auf der Flucht befinden, verletzt werden. Erschreckend deutlich wird dies vor allem durch die vierstellige Zahl der Flüchtenden, die jedes Jahr im Mittelmeer ertrinken, bevor sie einen sicheren Hafen in Europa erreichen. Diese Politik müsste grundlegend geändert und auf menschenrechtliche Normen und Prinzipien aufgebaut werden.

C) Internationale Reichweite, schnelle Umsetzbarkeit

- **Einrichtung eines Mandats für einen UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte und Klimawandel**

Ein entsprechender Antrag soll zur 47. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats im Juni 2021 eingebracht werden. Das *Climate Vulnerable Forum* wird das Mandat unterstützen. Das

<sup>76</sup> Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

<https://www.bamf.de/DE/Themen/AsylFluechtlingsschutz/AblaufAsylverfahrens/Schutzformen/SubsidiaerSchutz/subsidiaerschutz-node.html>

<sup>77</sup> Die Vorschläge für Maßnahmen zum Schutz von Klimaflüchtlingen durch die EU sind der Studie des Europäischen Parlaments 2011 entnommen (s. Fußnote 71)

<sup>78</sup> Das Europäische Parlament hat bereits 2002 in seinem Bericht zum Status von Flüchtlingen A5-0333/2002 festgestellt: „Wir ignorieren die wachsende Zahl von Menschen, die aufgrund von Armut und Umweltzerstörung gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Diese Menschen brauchen gleichermaßen Schutz, und es besteht die dringende Notwendigkeit, die geeigneten Instrumente und Maßnahmen zur Prävention zu entwickeln.“ (S. 55), <https://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A5-2002-0333+0+DOC+PDF+V0//EN>

Mandat sollte u.a. den Auftrag erhalten, die Debatte zum Schutz von klimabedingten Flüchtlingen voranzutreiben.

D) Internationale Reichweite, langwierige Umsetzung

- **Zusatzprotokoll zur Klimarahmenkonvention**

Die Schutz von Klimaflüchtlingen könnte in einem Zusatzprotokoll zur Klimarahmenkonvention geregelt werden.

- **Internationale Konvention und Organisation zum Schutz von Umweltflüchtlingen**

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung hat 2007 für eine solche Konvention grundlegende Prinzipien formuliert.<sup>79</sup> Einen konkreteren Vorschlag haben die Jurist\*innen Hodgkinson/ Burton/Anderson/Young vorgelegt.<sup>80</sup> Sie schlagen darin als anzuerkennende Fluchtursache den Anstieg des Meeresspiegels vor, da dadurch unwiederbringlich Lebensraum unbewohnbar wird. Dieser Vorschlag bezieht sich auf Gruppen-Anerkennungen und würde auch auf die Bewohner\*innen der pazifischen Inselstaaten anwendbar sein. Einen dritten, weiter gefassten Vorschlag gibt es von Frank Biermann/ Ingrid Boas, die als anzuerkennende Fluchtursachen den Anstieg des Meeresspiegels, extreme Wetterereignisse sowie Dürren und Wasserknappheit vorschlagen.<sup>81</sup> Wichtig ist dabei ein Vorgehen nach den menschenrechtlichen Prinzipien der Partizipation und des Empowerment der Zielgruppe. Flüchtlinge sollten in der Debatte und Erarbeitung nicht nur als Opfer gesehen werden, sondern als Rechtsträger\*innen an Entscheidungsprozessen beteiligt werden.

- **Fortführung der Nansen-Initiative<sup>82</sup>**

Deutschland hat sich an der Nansen-Initiative „Disaster-induced cross-border displacement“ beteiligt, in deren Rahmen 2008 bis 2014 in einem globalen Prozess angemessene und effektive Schutzmöglichkeiten für klimabedingte Flüchtlinge diskutiert wurden, die den Heimatstaat auf der Suche nach Schutz verlassen. Die Ergebnisse dieses Prozesses sind 2015 in einem Bericht veröffentlicht worden. Dieser Prozess könnte auf Ebene der Vereinten Nationen oder in einem anderen geeigneten Rahmen fortgesetzt werden.

## 5c. Was kann die Bundesregierung dazu beitragen?

Die vorgeschlagenen Maßnahmen **unter A)** kann die Bundesregierung selbst umsetzen.

Auf **EU-Ebene** kann sie die notwendigen Prozesse im Europäischen Rat anstoßen, strategisch vorantreiben und mit den jeweiligen Ratsvorsitzenden sowie den Regierungen anderer EU-Mitglieder besprechen. Sie sollte dabei immer auf ihre menschenrechtlichen Pflichten und die Menschenrechte der Zielgruppe sowie das in der Klimarahmenkonvention verankerte Verursacherprinzip verweisen.

Der Einrichtung eines **Mandats eines UN-Sonderberichterstatters** für Menschenrechte und Klimawandel kann die Bundesregierung durch Deutschlands Mitgliedschaft im UN-Menschenrechtsrat zustimmen und sie mit der Bereitstellung finanzieller Mittel unterstützen.

<sup>79</sup> [https://www.wbgu.de/fileadmin/user\\_upload/wbgu/publikationen/archiv/wbgu\\_jg2007.pdf](https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/archiv/wbgu_jg2007.pdf)

<sup>80</sup> [http://www.hodgkinsongroup.com/documents/Hour\\_When\\_Ship\\_Comes\\_In.pdf](http://www.hodgkinsongroup.com/documents/Hour_When_Ship_Comes_In.pdf)

<sup>81</sup> [http://displacementsolutions.org/files/documents/DS\\_Climate\\_change\\_strategies.pdf](http://displacementsolutions.org/files/documents/DS_Climate_change_strategies.pdf)

<sup>82</sup> <https://www.nanseninitiative.org/global-consultations/>

Die Bundesregierung kann sich dafür einsetzen, dass ein **Zusatzprotokoll zur Klimarahmenkonvention** auf die Tagesordnung der kommenden Staatenkonferenzen (COP) gesetzt wird und sich dafür bei anderen Staaten, internationalen und zivilgesellschaftlichen Organisationen um Unterstützung bemühen.

Im **UN-Menschenrechtsrat** kann die Bundesregierung sich für die Einrichtung einer Arbeitsgruppe (Open-Ended Working Group) zur Erarbeitung einer neuen Konvention zum Schutz von Umweltflüchtlingen einsetzen und dafür finanzielle Mittel bereitstellen. Die Ergebnisse der Nansen-Initiative können als Grundlage für den Prozess aufgenommen werden. Weiterhin kann die Bundesregierung dazu in Absprache mit dem UN-Menschenrechtsrat wissenschaftliche Gutachten in Auftrag geben.

Generell kann die Bundesregierung die **Forschung und die Erhebung von Daten** zu klimabedingter Flucht unterstützen, damit international zu einer besseren menschenrechtskonformen Reaktionsmöglichkeiten auf deren Ursachen und zum anderen neue Konzepte für den Schutz von Umweltflüchtlingen entwickelt werden können. Sie kann internationale Institutionen für Katastrophenschutz und Notfallhilfe politisch und finanziell stärker unterstützen.

Neben einer stringenten nationalen Klimaschutzpolitik sollte sie auch ihren **Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen** in menschenrechtskonformer Weise entsprechen, Entwicklungsländern bei Anpassungsmaßnahmen finanzielle Mittel bereitzustellen.

Grundsätzlich kann die Bundesregierung **menschenrechtliche Institutionen politisch und finanziell stärken**. Eine Möglichkeit dazu ist die Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum UN-Sozialpakt. Alle Maßnahmen würden auch zur Erreichung der Internationalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) der **Agenda 2030 beitragen**.